



Antrag

der Fraktion der SPD

Europäische Bürgerbeteiligung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Europäische Kommission hat am 16. Februar 2011 eine Verordnung zur Durchführung von Bürgerinitiativen auf den Weg gebracht. Damit ist es erstmals möglich, eine europaweite Bürgerinitiative zu realisieren. Dies ist ein weiterer Schritt zum Zusammenhalt Europas und zur Legitimation gegenüber den europäischen Bürgerinnen und Bürgern. Die Verordnung soll bis zum 1. April 2012 durch die Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt deshalb die Einführung einer europäischen Bürgerinitiative als Möglichkeit der direkten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an europäischen politischen Prozessen und Entscheidungen. Er wird allgemein für dieses Instrument werben und ggf. die Bürgerinitiativen im Landtag diskutieren.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Durchführung der europäischen Bürgerinitiative in Deutschland zügig geschaffen werden und die Verordnung der EU bis zum 1. April 2012 umgesetzt wird.

Begründung:

Gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise wird deutlich, dass die Europapolitik an einem grundsätzlichen und tief greifenden Kommunikations- und Öffentlichkeitsproblem krankt. Deshalb ist die Verbesserung der demokratischen Rückkopplung im politischen Gestaltungsprozess von besonderer Bedeutung. Mit dem Vertrag von Lissabon wird die Beteiligung des Europäischen Parlaments und der nationalen und regionalen Parlamente gestärkt. Bei einer überwältigenden Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger bleibt aber nach wie vor der Eindruck, keinen Einfluss auf europäische Politik und Entscheidungen zu haben. Die Europäische Bürgerinitiative, die mit dem Vertrag von Lissabon eingeführt wurde, kann dazu beitragen, wieder Vertrauen in die europäische Politik herzustellen.

Rolf Fischer
und Fraktion